

Berlin: Rückgang der Abschiebungen in der Flüchtlingspolitik

Zahl der Abschiebungen in Berlin ist im ersten Halbjahr 2024 um 19 % gesunken. Politische Reaktionen und Forderungen folgen.

Ein Rückblick auf die Abschiebungen in Berlin: Ein tiefes Tal der Zahlen

Die aktuellen Statistiken zur Zahl der Abschiebungen in Berlin zeichnen ein besorgniserregendes Bild. Während der Druck auf die politischen Entscheidungsträger erheblich bleibt, zeigen die Zahlen eine signifikante Abnahme. Im ersten Halbjahr 2024 wurden nur 515 Menschen ohne Bleiberecht aus der Hauptstadt zurückgeführt – eine Reduktion von knapp 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Politische Reaktionen und Forderungen

Im Kontext dieser Entwicklung haben Politiker der CDU ihre Stimme laut erhoben und fordern mehr Engagement in der Flüchtlingspolitik. Die Fraktion sieht die sinkenden Zahlen als ungenügend an, insbesondere angesichts einer wachsenden Zahl von Migranten, die die Stadt erreichen. Fraktionschef Dirk Stettner betont, dass Berlin sich weder zusätzliche Aufnahmemöglichkeiten leisten kann noch ein zu geringes Engagement bei den Abschiebungen akzeptieren darf.

Die Rolle der Innenverwaltung

Die Innenverwaltung Berlins widerspricht den Forderungen nach einem härteren Kurs. Sie erklärt, dass die aktuellen Abschiebezahlen sich auf einem „durchschnittlichen Niveau“ bewegen und die höhere Zahl im Vorjahr als Ausreißer betrachtet wird. Im Jahr 2023 gab es nämlich 1.370 Abschiebungen aus Berlin, was einen enormen Anstieg von 53 Prozent im Vergleich zu den vorherigen Jahren darstellt. Dies wirft die Frage auf, ob die geforderten Maßnahmen zur „Verbesserung der Rückführungen“ wirklich zielführend sind oder lediglich politisches Getöse erzeugen.

Abschiebungen und ihre Grenzen

Ein weiterer Punkt, den die CDU-Fraktion anspricht, ist die praktische Durchführung von Abschiebungen. Oftmals sei es schwierig, Personen zu finden, die vor einer bevorstehenden Abschiebung gewarnt wurden oder nicht unter ihrer registrierten Adresse anzutreffen sind. Dennoch sieht Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) die Notwendigkeit, in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen keine Sonderunterkünfte nur für bestimmte Herkunftsländer einzurichten. „Abschiebungen lösen nicht die aktuelle Migrationsfrage“, bringt sie klar zum Ausdruck und fordert fundierte Vorschläge anstelle verschwommener Forderungen.

Die Gemeinschaft im Wandel

Die steigende Anzahl von Flüchtlingen und die offensichtlich sinkenden Abschiebezahlen beleuchten vor allem die Herausforderungen, vor denen Berlin als multikulturelle Stadt steht. In den letzten Jahren sind immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Ländern, wie Moldau, Georgien und Serbien, nach Berlin gezogen. Die jüngsten Statistiken zeigen, dass ein erheblicher Teil der Abschiebungen im ersten Halbjahr 2024 Personen aus diesen Ländern betraf. Dies könnte auf eine Notwendigkeit hinweisen, die Integrationspolitiken der Stadt zu überdenken und die Rahmenbedingungen für Migranten zu verbessern, um langfristige Lösungen zu finden.

Ein Fazit zur Migrationspolitik in Berlin

Die gegenwärtige Situation in Berlin erfordert sowohl politisches Handeln als auch ein Umdenken in der Migrationspolitik. Es ist entscheidend, dass die Anstrengungen zur Rückführung dabei nicht von der eigentlichen Herausforderung, die Migration selbst zu bewältigen, ablenken. In einer Zeit, in der die nationalen und lokalen Regierungen intensiv über die beste Vorgehensweise diskutieren, bleibt abzuwarten, wie sich die Zahlen weiter entwickeln werden und ob die geforderten Maßnahmen tatsächlich greifen können.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de